

Gemeinderatssitzung vom 18. April 2023

Im Mittelpunkt der öffentlichen Sitzung standen die Gesellschaftsgründung der N!Kom Projekt GmbH & Co. KG und der N!Kom Projekt Verwaltung-GmbH, der Ausbau des Heubacher Wärmenetzes sowie die Vorberatung der nächsten Verbandsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Rosenstein. Außerdem auf der Agenda: Die Modernisierung eines privaten Gebäudes im Sanierungsgebiet „Kernstadt Hauptstraße und Umgebung“, die Vergabe der Tiefbauarbeiten bezüglich der Straßeninstandsetzungsmaßnahmen 2023 sowie die Annahme von Spenden und Sponsoring im ersten Quartal 2023.

Dem öffentlichen Teil folgte eine nicht öffentliche Sitzung mit ebenfalls acht Tagesordnungspunkten.

Bürgermeister Dr. Joy Alemazung wies in seiner **Begrüßungsrede** auf drei wichtige Veranstaltungen hin, die in nächster Zukunft anstehen:

Bereits am kommenden Wochenende findet das Heubacher Mountainbike Festival „Bike the Rock“ statt. Mit über 1.200 Fahrern aus fast 30 Nationen bekräftigt Heubach seinen Anspruch als Mountainbike Hochburg in Deutschland.

Der Workshop „Zukunftsszenario 2033 - Du, Deine Visionen und Träume“ als Auftaktveranstaltung zum geplanten Heubacher Jugendparlament wurde Ende März bereits erfolgreich durchgeführt. Dieses Thema wird am 28. April mit dem Besuch des Innenministers Thomas Strobel und dem Motto „Bürgerbeteiligung – Politische und gesellschaftliche Entwicklung und die Rolle der Jugendlichen“ weitergeführt.

Anlässlich des 50jährigen Jubiläums des Ostalbkreises findet am 19. und 20. Mai das Straßenfest „Fremde Kulturen entdecken“ statt. Tolle Bands, verschiedene Chöre, Kindertheater und eine internationale Kulinarik machen diese Veranstaltung zu einem Highlight im Frühjahr. Der Vorsitzende bedankte sich in diesem Zusammenhang bereits jetzt bei den Heubacher Schulen, zahlreichen Vereinen und bei den Gastronomen für ihre Mitwirkung.

Des Weiteren steht für den 01./02. Juli 2023 ein Besuch in der Partnerstadt Waidhofen an.

Im Baubereich erwähnte Bürgermeister Dr. Alemazung den Baubeginn der Nahwärmeversorgung im Bereich der Bahnhofstraße, wo gleichzeitig auch die maroden Wasserleitungen ausgetauscht werden. Daneben wurde auch die Sanierung des Hallenbads fortgeführt. Als Fertigstellungstermin nannte der Vorsitzende voraussichtlich September 2023. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Eröffnung der Freibadsaison am 13. Mai hin.

Im Rahmen des geplanten Geh- und Radwegs zwischen Heubach und Lautern finden derzeit die Gespräche mit den Grundstückseigentümern statt. Gleichzeitig werden auch Alternativplanungen überprüft.

Bürgermeister Dr. Alemazung informierte außerdem, dass die **Sitzungen des Gemeinderats** wie bereits die Ausschusssitzungen wieder im großen Sitzungssaal im Rathaus stattfinden können. Allerdings sei dies abhängig von der Agenda und es werde nach Themenlage entsprechend abgewogen. Bei besonders publikumswirksamen Themen werde der Gemeinderat weiterhin in der Stadthalle tagen.

In der **Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger** gab es keine Wortmeldungen.

Gesellschaftsgründung der N!Kom Projekt GmbH & Co. KG und der N!Kom Projekt Verwaltung-GmbH

Holger Röhler, Kaufmännischer Leiter bei der Gesellschaft für Energieversorgung Ostalbkreis (GEO) ging einleitend auf die Hintergründe der Gesellschaftsgründung ein und hob auf die Verantwortung der Stadt Heubach ab, aufgrund der globalen Klimaerwärmung Aufgaben im Bereich der erneuerbaren Energien und der Wärmegewinnung zu erfüllen. Er erläuterte außerdem, welche Rolle die N!Kom dabei spielen soll - als Experte in beratender Funktion und als Impulsgeber für den Gemeinderat, stets in enger Abstimmung mit demselben. Die N!Kom werde Aufgaben zur Erbringung von Planungs- und Beratungsleistungen im Bereich der Entwicklung zur Nachhaltigkeit in der Kommune, insbesondere der Wärmeplanung, Dekarbonisierung und Energie(-management) übernehmen. Außerdem soll die Gesellschaft klimaschützende Anlagen und Infrastrukturen bauen, betreiben und verwalten. Ein Schwerpunkt soll auf der Errichtung von Wärmenetzen liegen.

Das Thema wurde ausführlich in der Klausurtagung des Gemeinderats Ende März dieses Jahres diskutiert. Konkret geht es darum, wie die von der EU sowie der Bundes- und Landesregierung festgelegten Klimaziele erreicht werden können. In der Sitzung vom 20.09.2022 hatte der Gemeinderat bereits grundsätzlich der Gründung einer interkommunalen Gesellschaft für Nachhaltigkeit in Kommunen zugestimmt.

Der Anteil Heubachs an der N!Kom beträgt 5%, was einer einmaligen Einlage in Höhe von 100.000 € entspricht. Die Gesellschaftsform der GmbH & Co. KG wurde nach ausführlicher Prüfung aus Gründen der Mitbestimmung, der Flexibilität und des Steuerrechts gewählt.

Stadtrat Thomas Abele unterstrich die Notwendigkeit der Gesellschaftsgründung und hob positiv auf den Verbund mehrerer Gemeinden ab. Relevant war für ihn allerdings, dass jedes Gründungsmitglied einen Sitz im Aufsichtsrat - dem einzigen Mitbestimmungsinstrument für die Gemeinden - erhält. Dies sei in den vorgelegten Vertragsentwürfen nicht vorgesehen und müsse seines Erachtens entsprechend verankert werden. Stadtrat Gerhard Kuhn unterstrich diese Forderung.

Herr Röhrer räumte ein, dass dies auf Anraten der Juristen im Vertrag nicht ausdrücklich genannt werde, sprach jedoch von der Möglichkeit, das in einem Side letter explizit festzuhalten. Er bestätigte, dass jede Gründungsgemeinde einen Sitz im Aufsichtsrat habe.

Stadtrat Martin Kelbaß erkundigte sich, wie es mit dem Personal für die N!Kom aussehe und ob schon Mitarbeiter vorhanden sind. Er wollte außerdem wissen, ob Frau Prof. Dr. Martina Hofmann von der Hochschule Aalen noch mit im Boot sei. Er betonte, dass es höchste Zeit für eine Gesellschaftsgründung sei und dass rasche Ergebnisse sowie eine Strategie für die Energieeinsparung notwendig sind.

Herr Röhrer merkte an, dass alle vom Fachkräftemangel tangiert seien, die N!Kom jedoch für Bewerber, respektive junge Ingenieure, interessant und man laufend mit Interessenten im Gespräch sei. So sei bereits ein Ingenieur neu eingestellt worden und darüber hinaus werden Ingenieure von der GEO für die N!Kom tätig sein. Er informierte, dass Frau Prof. Dr. Hofmann nicht wie ursprünglich geplant ein Arbeitsverhältnis bei der N!Kom eingehen werde, sondern dass man sich ein anderes, flexibleres Konstrukt überlegt habe. Mit ihr als Geschäftsführerin des „Steinbeis-Transferzentrums Energiesysteme“ in Aalen würde sich eine Art der Kooperation anbieten, auf die man zurückgreifen könne, wann und wo immer es Sinn mache.

Der Gemeinderat stimmte der Gründung der N!Kom Projekt GmbH & Co. KG und der N!Kom Projekt Verwaltungs-GmbH auf Grundlage der dargestellten Gesellschaftsverträge **mehrheitlich mit einer Gegenstimme** und unter der Bedingung, dass in einer Nebenvereinbarung (Side letter) schriftlich festgehalten und garantiert wird, dass die Stadt Heubach einen Sitz im Aufsichtsrat erhält, zu.

Die Verwaltung wurde bevollmächtigt, Änderungen des Gesellschaftsvertrages vorzunehmen, die redaktioneller Art sind oder die sich aufgrund etwaiger Änderungsvorgaben der Rechtsaufsichtsbehörde oder sonstiger Anpassungsnotwendigkeiten ergeben, soweit die Änderungen nicht wesentlich sind.

Ausbau des Heubacher Wärmenetzes. Weiteres Vorgehen in Zusammenarbeit mit der GEO

Kämmerin Monika Löhn erinnerte daran, dass die Wichtigkeit starker kommunaler Infrastrukturen bereits im Jahr 2013 erkannt wurde, als sich die Stadt Heubach mit einem Anteil von 20 % am damaligen Energieversorgungsunternehmen „Gasversorgung Essingen Oberkochen GmbH“, heute „Gesellschaft für Energieversorgung Ostalb mbH“ (GEO) beteiligte und ihre Strom- und Erdgasnetze in das Unternehmen einbrachte

Bei der Klausurtagung des Gemeinderats Ende März wurde auch dieses Thema diskutiert, mit dem Ergebnis, dass sich Heubach eine Strategie im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Wärmenetzes überlegen muss. Die N!Kom könne diesbezüglich zwar wie von Herrn Röhrer dargestellt die Projektierung übernehmen, der Entscheid darüber, in welcher Art und Weise die zukünftigen Investitionen der kommunalen Wärmenetze durchgeführt und finanziert werden, liege jedoch bei der Stadt. In Heubach wurden und werden seit 2020 einige Wärmenetze realisiert. Die Entwicklung der Strategie soll in Zusammenarbeit mit der GEO als Betreiber der Anlagen erfolgen.

Frau Löhn wies darauf hin, dass dies alles Einfluss auf die Haushaltsplanung habe und es neue Pflichtbereiche zur Erreichung der Ziele im Hinblick auf die Klimaneutralität gebe.

Stadtrat Kelbaß unterstrich die Wichtigkeit einer Strategie und merkte an, dass man beim Ausbau des Nahwärmenetzes nicht immer strategisch vorgegangen sei und es bei der Ausführung Änderungen gegeben habe. So würden einige Bürger aktuell in der Luft hängen, da die Trasse ursprünglich anders geplant war.

Auf seine Frage, wer die Strategie für Heubach entwickle (Stadtverwaltung/Gemeinderat/personelle Ressourcen), sprach Kämmerin Löhn von verschiedenen Möglichkeiten. Es sei denkbar, einen Ausschuss für das Thema „Energie“ zu gründen, mit der GEO zusammenzuarbeiten oder eigenes Personal einzustellen. Sie betonte, dass man diesbezüglich erst am Anfang stehe.

Bürgermeister Dr. Alemazung bekräftigte, dass hier Fachwissen benötigt werde und eine Steuerungsgruppe wichtig sei.

Herr Röhrer merkte an, dass sich die GEO nicht zurückziehe, sondern vielmehr zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden. Die einzige Änderung liege darin, dass nicht mehr die GEO über die Trassenführung entscheide, sondern die Gemeinde.

Stadtrat Abele war der Meinung, dass in Heubach hinsichtlich des Nahwärmenetzes schon einiges erreicht wurde. Nun würden Tempo und Strategie von der Gemeinde bestimmt; hierzu würde jetzt der erste kleine Schritt erfolgen. Ein anderes Thema sei die bereits beauftragte kommunale Wärmeplanung. Hier sei der Oktober 2023 als Meilenstein zu sehen, wenn die ersten Ergebnisse vorgelegt werden sollen. Es sei von großer Bedeutung, dass es eine klare Idee bezüglich der zu bearbeitenden Themen und der Terminplanung gebe. Damit keine Zeit verloren gehe, sollte dies schnellstmöglich - am besten bis zur nächsten Gemeinderatssitzung - vorgelegt werden.

Bürgermeister Dr. Alemazung konstatierte, dass der Zeitplan ein wichtiger Bestandteil der Strategie sei und sich die Verwaltung an die Arbeit mache.

Stadtrat Kuhn wies darauf hin, dass allein die Wärmeplanung nicht ausreiche, um die Klimaziele zu erreichen. Auch müssten die Themen Photovoltaik und Windkraft breiter aufgestellt werden. Auch er meinte, dass ein Beirat wichtig sei.

Der Vorsitzende unterstrich, dass diesbezüglich eine Gesamtstrategie (Nahwärme, Photovoltaik und Windkraft) auf Grundlage der Wärmeleitplanung entwickelt werde.

Das Gremium stimmte **mehrheitlich mit einer Enthaltung** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu: Die Stadt Heubach entwickelt im Bereich der modellierten Wärmeplanung und vor dem Hintergrund der CO₂ Neutralität der Kommunen bis 2040 (Klimaschutzgesetz) eine eigene Strategie. Die Vertreter des Gremiums werden bevollmächtigt, die entsprechenden Beschlüsse im Aufsichtsrat der GEO zu fassen.

Sanierungsgebiet Kernstadt Hauptstraße und Umgebung – Modernisierung von privaten Gebäuden

Beim Gebäude in der Grabenstraße 6/1 handelt es sich um eine ehemalige Glasfabrik, die bereits vor längerer Zeit in Wohnraum umgenutzt wurde. In einem ersten Bauabschnitt wurden im OG und DG bereits weitreichende energetische Maßnahmen durchgeführt (Isolierung Dach, Austausch Heizanlage). Im zweiten Bauabschnitt soll nun die Wohnung im EG saniert und modernisiert werden (u.a. neue Fenster und Rollos, Erneuerung Heizkörper, Anpassung Haustechnik, Änderungen im Wohnraumzuschnitt, Erneuerung Sanitär), um zeitgemäße Wohnverhältnisse zu schaffen.

Der Zuschuss bemisst sich an den anererkennungsfähigen Herstellungskosten und beträgt bis zu einem Betrag von 100.000 € 22,5 %. Stadtbaumeisterin Ulrike Holl merkte an, dass auf Empfehlung der Landsiedlung bereits ein Vorvertrag geschlossen wurde und mit der Umsetzung der Maßnahmen (Entkernung) bereits begonnen wurde.

Der Gemeinderat befürwortete die Durchführung des Bauvorhabens „Grabenstraße 6/1 (2. Bauabschnitt)“ im Rahmen der Stadtkernsanierung **einstimmig** und genehmigte den Gesamtzuschuss in Höhe von 17.966,00 € (Anteil Stadt = 40 % = 7.186,40 €). Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Sanierungsvertrag mit dem Eigentümer abzuschließen.

Vergabe Straßeninstandsetzung 2023 – Vergabe der Tiefbauarbeiten

Stadtbaumeisterin Holl sprach vom jährlich wiederkehrenden Thema der Straßeninstandsetzung, d.h. allen Kleinmaßnahmen (z.B. Beseitigung von punktuellen Frostschäden sowie Bordsteine, Verdrückungen, etc.), die sich das Jahr über ergeben, inklusive Hausanschlüsse. Im Haushalt 2023 stehen dafür Mittel in Höhe von 335.000 € zur Verfügung.

Die Leistungen wurden Anfang März 2023 beschränkt ausgeschrieben. Vier regionale Baufirmen wurden aufgefordert, ein Angebot abzugeben, zwei Angebote sind eingegangen. Das Angebot der günstigsten Bieterin liegt bei rund 204.000 € und teilt sich in Straßeninstandsetzungsmaßnahmen (ca. 151.000 €/brutto) und Hausanschlussleitung auf öffentlichem Grund (ca. 53.000 €/brutto). Letztere Kosten werden gemäß der Abwasser- und Wasserversorgungssatzung den Grundstückseigentümern in Rechnung gestellt (Kostenersatz).

Entlang der Nahwärmetrassen (z.B. Bahnhofstraße) ist von der Stadtverwaltung auf entsprechenden Vorschlag aus dem Gremium vorgesehen, die Straßen und Randeinfassungen etwas „großzügiger“ wiederherzustellen. Damit können Synergien bei Baustelleneinrichtung und Gerätetransport genutzt und Kosten eingespart werden.

Frau Holl wies darauf hin, dass für größere Maßnahmen aufgrund der derzeitigen Lage bei den Baupreisen (stark schwankend, zum Teil nur noch tagesaktuelle Preise) im Laufe des Jahres nach Erfordernis und Preisentwicklung Angebote eingeholt werden sollen.

Man liege aktuell für 2023 zwar gut in den Kosten, es sei jedoch weniger Fläche für das gleiche Budget machbar.

Das Gremium folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und beauftragte die Firma ASTRA Straßen- und Tiefbau GmbH mit der Straßeninstandsetzung 2023 inkl. Herstellung der Hausanschlüsse zum Angebotspreis von 203.538,90 €/brutto.

Vorberatung der Verbandsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Rosenstein

Verbandskämmerer Thomas Kiwus informierte ausführlich über die zahlreichen Themen auf der Agenda der nächsten Verbandsversammlung der VG Rosenstein am 27. April 2023 in Heuchlingen:

TOP 1: Flächennutzungsplan VG Rosenstein, 11. Änderung - Darstellung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ auf der Gemarkung der Gemeinde Bartholomä

Es geht um eine Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans für die Gemeinde Bartholomä. Das zweistufige Verfahren für das Vorhaben einer Freiflächenphotovoltaikanlage umfasst neben dem Flächennutzungsplan einen entsprechenden Bebauungsplan, der Ende 2022 von Bartholomä bereits beschlossen und vom Landratsamt genehmigt wurde. Wichtig ist nun, dass der Flächennutzungsplan angepasst und das Verfahren damit insgesamt abgeschlossen wird.

Beschlussvorschlag: Die Verbandsversammlung nimmt Kenntnis vom Verfahren der frühzeitigen Beteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und beschließt die Abwägungen zu den eingegangenen Stellungnahmen. Die Ergebnisse der Abwägung sind in die Planung einzuarbeiten. Das Verfahren ist gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB fortzuführen.

TOP 2: Änderung der Musikschulgebührensatzung

Eine Gebührenanpassung erfolgte zuletzt 2022 für die Dauer von zwei Jahren. Es geht hier um die redaktionelle Anpassung der Musikschulgebührensatzung in zwei Punkten. Zum einen muss das Angebot der musikalischen Früherziehung (bislang „Musikgarten“) wegen einer lizenzrechtlichen Thematik geändert werden und wird neu „Musikwichtel“ heißen. Zum anderen soll die Gültigkeit von Abos beim Erwachsenenunterricht (Flex4 und Flex8 für vier bzw. acht Unterrichtseinheiten) zeitlich auf ein Jahr begrenzt werden, um besser planen zu können. Das Angebot werde zwar gut angenommen, aber meist nicht komplett abgerufen.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung der Gebührensatzung über die Benutzung der Musikschule Rosenstein.

TOP 3: Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Absatz 4 GemO

Die Musikschule hat erneut eine großzügige Spende eines Gönners in Höhe von 30.000 € (in 2018 bereits 100.000 €) erhalten.

Beschlussvorschlag: Der Verbandsversammlung stimmt der Annahme der Spende von 30.000 € für die Musikschule zu.

TOP 4: Finanzberichte 2021 und 2022

Die Eröffnungsbilanz ist mittlerweile erstellt. Die Rechnungsabschlüsse der Jahre 2020 - 2022 liegen zum Zeitpunkt der Verbandsversammlung noch nicht vor. Bezüglich der wichtigsten Parameter (eigenes Gebührenaufkommen, Personalausgaben, Sachausgaben) können jedoch Zwischenergebnisse genannt und das zu erwartende Endergebnis in Form einer möglichen Rückerstattung an die Gemeinden grob beziffert werden.

Auch im Rechnungsjahr 2021 ist die Entwicklung der eigenen Einnahmequellen in Form der Musikschul- und Baugenehmigungsgebühren maßgeblich für den Finanzbedarf. Das Gebührenaufkommen lag in der Gesamtsumme rd. 140.000 € über den Planansätzen, die Musikschulgebühren lagen pandemiebedingt rd. 38.000 € unter dem Planansatz. Dafür war der Landeszuschuss für die Musikschule ca. 7.000 € höher, was einem einmaligen Landeszuschuss für „pandemiebedingte Wenigereinnahmen“ zu verdanken war. Die Baugenehmigungsgebühren lagen um rd. 177.000 € erheblich über dem Planansatz. Bei den Personalausgaben sind nach der Abgrenzung der Kosten für die Altersteilzeit Wenigerausgaben von ca. 54.000 € zu verzeichnen. Damit würden die Personalkosten 2021 mit rd. 2,46 Millionen Euro auf dem Niveau von 2020 liegen. In der Gesamtsumme werden sich die Rückzahlungen an die Gemeinden für das Rechnungsjahr 2021 auf etwa 290.000 € belaufen. Für Heubach sind das ca. 150.000 €.

Im Rechnungsjahr 2022 liegen die eigenen Einnahmequellen in Form der Musikschul- und Baugenehmigungsgebühren in der Gesamtsumme rd. 100.000 € über den Planansätzen. Bei den Personalausgaben sind aufgrund einer hohen Personalfuktuation Wenigerausgaben von ca. 170.000 € zu verzeichnen. Damit würden die Personalkosten 2022 mit rd. 2,49 Millionen Euro nur 1,1 % über dem Betrag des Jahres 2021 liegen. Die Einsparungen bedeuten eine hohe Belastung für das verbliebene Personal und Bearbeitungsrückstände. Hier werden in 2023 entsprechende Mehrkosten entstehen. Insgesamt werden sich die Rückzahlungen an die Gemeinden für das Rechnungsjahr 2022 auf rd. 350.000 € belaufen. Für Heubach sind das ca. 170.000 €.

Beschlussvorschlag: Die Verbandsversammlung nimmt die positiven Zahlen des Finanzberichts der Rechnungsjahre 2021 und 2022 zur Kenntnis.

TOP 5: Haushaltssatzung 2023 mit Haushaltsplan und mittelfristiger Finanzplanung

Der Ergebnishaushalt 2023 weist ein Volumen von 3.397.300 € auf (Vorjahr 3.171.900 €). Der Betriebsaufwand steigt um 7,1 %. Die eigenen Erträge wachsen um 3,3 %. Dies führt im Saldo zu einer höheren Verbandsumlage. Der Haushaltsplan sieht eine Verbandsumlage von 2.570.200 € (Vorjahr 2.381.400 €) vor. Die Betriebskostenumlage steigt gegenüber dem Vorjahr um 8,3 %. Der Betriebsaufwand (u.a. Energiekosten, Umlagen an Rechenzentrum) steigt stärker an als die veranschlagten Erträge aus eigenen Einnahmequellen (z.B. Musikschul- und Baugenehmigungsgebühren). Der Anteil Heubachs am Umlagebetrag beträgt 1.138.300 €. Dazu kommen weitere rd. 170.000 € für die Musikschule.

Gegenüber dem Vorjahr steigt der Personalaufwand um rd. 7,2 % (191.700 €) und ist maßgeblich für die steigende Umlage. Die Mehrkosten setzen sich zusammen aus angenommenen 5 % tariflicher Steigerung (Planung noch vor der Verdi-Forderung) und 100.000 € einmaliger Abfindungszahlungen an die Beamtenversorgungskasse (KVBW) durch entsprechende Stellenwechsel. In den Vorjahren konnte die allerdings die VG selbst mehrfach von den Abfindungszahlungen der KVBW profitieren. Der Stellenplan weist mit 35,93 Stellen zum Vorjahr (35,57) eine geringe Steigerung von 0,36 Stellen auf. Tatsächlich besetzt zum Stichtag 30.06.2022 waren jedoch deutlich weniger, nämlich nur 32,49 Stellen. Herr Kiwus unterstrich, dass in der VG aktuell eine Mindestbesetzung vorliegt und durch den oben erwähnten Nachholbedarf keine Zusatzaufgaben übernommen werden können.

Investitionen sind 2023 vor allem im Bereich der Digitalisierung notwendig. Der Gesamtbetrag der beträgt wie im Vorjahr 10.000 € und umfasst u.a. einen Plotter/Scanner A0 sowie Lizenzen und Mobiliarergänzungen.

In der Vorausschau / mittelfristigen Finanzplanung stellen sich für die nächsten Jahre Steigerungen zwischen fünf und sechs Prozent dar.

Bei den für 2023 definierten Zielen hat die wirtschaftliche Aufgabenerfüllung für die fünf Mitgliedskommunen weiterhin Vorrang. Mit den Mitgliedsgemeinden soll eine gemeinsame Digitalisierungsstrategie entwickelt werden, mit einem separaten Fahrplan für die einzelnen Kommunen. Die Ziele der Vorjahre waren der Gutachterausschuss (Auflösung und neuer Verbund mit Schwäbisch Gmünd), der Beginn der Digitalisierung sowie Veranstaltungen zum 50jährigen Bestehen des Gemeindeverwaltungsverbands „Verwaltungsgemeinschaft Rosenstein“.

Beschlussvorschlag: Die Verbandsversammlung nimmt die Erläuterungen zum Haushaltsplan 2023 zur Kenntnis. Die Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023 und Stellenplan wird beschlossen. Die mittelfristige Finanzplanung 2024 - 2026 wird beschlossen.

TOP 6: Verbandsvorsitz

Durch das Ausscheiden von Bürgermeister Frederick Brütting (Wahl zum Oberbürgermeister in Aalen zum 01.10.2021) war die Position des Verbandsvorsitzenden bis Januar 2022 vakant. Am 17.02.2022 wählte die Verbandsversammlung Bürgermeister Peter Lang als Verbandsvorsitzenden. Bürgermeister Dr. Joy Alemazung wurde als stellvertretender Verbandsvorsitzender gewählt. Aufgrund der zahlreichen Besprechungen und dem verstärkt als nachteilig empfundenen Entfernungsproblem (Heubach-Heuchlingen) erscheint der Wechsel des Vorsitzes zur Standortgemeinde Heubach schon vor Sommer 2024 (reguläre Amtszeit) als sinnvoll.

Beschlussvorschlag: Die Verbandsversammlung wählt Bürgermeister Dr. Joy Alemazung zum Verbandsvorsitzenden mit Wirkung zum 01.05.2023 sowie Bürgermeister Peter Lang zum stellvertretenden Verbandsvorsitzenden, ebenfalls mit Wirkung zum 01.05.2023.

Bürgermeister Dr. Alemazung dankte dem Kollegen BM Lang bei dieser Gelegenheit für die sehr gute Zusammenarbeit in der Interimszeit und unterstrich die Fortsetzung der Arbeit als Team.

Der Gemeinderat nahm den Sachvortrag zur Verbandsversammlung der VG Rosenstein zur Kenntnis und beschloss **einstimmig**, die Vertreter der Verbandsversammlung mit der Zustimmung zu den von Verbandskammerer Kiwus vorgetragenen Beschlussempfehlungen zu beauftragen.

Annahme von Spenden und Sponsoring Quartal 1/2023

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner wies auf einen bekannten, einmal pro Quartal anstehenden Vorgang hin: Nach § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung darf die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen. Über die Annahme entscheidet der Gemeinderat. Die Verwaltung hat außerdem einen Bericht mit genauer Angabe der Spender, Spendenbetrag und Zuwendungszweck für die Rechtsaufsichtsbehörde zu erstellen.

Im ersten Quartal 2023 sind insgesamt 3.837,38 € an Spenden für verschiedene Zwecke bei der Stadt Heubach eingegangen - Nothilfekasse 200 €, Ukraine Hilfe (Sachspenden) 3.437,38 €, Bike the Rock (nicht gemeinnützig), 200 €.

An die Stiftung Heubach sind im ersten Quartal 2023 Spenden in Höhe von 875 € eingegangen.

Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Beträge **unisono** zu.

Bekanntgaben, Sonstiges

- Stadtrat Jürgen Tiede erkundigte sich nach dem **Stand des Beachvolleyballfelds**, das gemäß seiner Anfrage im Juli 2022 schon längst hätte fertiggestellt sein sollen. Bürgermeister Dr. Joy Alemazung informierte über noch fehlende Materialien und unterstrich die schnellstmögliche Fertigstellung des Beachvolleyballfelds.
- Stadtrat Gerhard Kuhn berichtete über Anfragen aus der Bevölkerung hinsichtlich der neuen **Trails bei Bike the Rock** und der Frage nach einer Abstimmung darüber im Gremium. Er bat darum, dass der Gemeinderat künftig über Maßnahmen informiert und einbezogen wird. Hauptamtsleiter Eckhard Häffner teilte mit, dass eine Abstimmung mit dem Forst und der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt ist und stellte fest, dass der Gemeinderat bislang grundsätzlich nicht in die Streckenführung involviert war. Er erläuterte, dass wegen Astbruchs eine alternative Bundesligastrecke notwendig war. Wenn gewünscht, könne in Zukunft auch der Gemeinderat miteinbezogen werden.
- Stadtrat Dominik Frey erkundigte sich nach dem **Zaun am Baugebiet „Auhölzle“** in Richtung Buch (vom Lärmschutzwall zum alten Bucher Weg) und informierte über entsprechende Anfragen von dortigen Bauherren. Im Baugebiet seien Zäune dieser Art nicht erlaubt und der Zaun selbst „wirke seltsam“. Das Baugebiet sehe dadurch eingezäunt aus. Hauptamtsleiter Häffner erklärte, dass das benachbarte private Grundstück für ein kostengünstigeres Verlegen der Wasserleitungen benötigt und die Genehmigung nur mit dem Bau des Zauns erteilt worden sei. Stadtbaumeisterin Holl sprach von einem Zugeständnis an den Grundstückseigentümer und bestätigte, dass der Zaun dort dauerhaft bleibt.
- Stadtrat Dr. Gerd Merinsky berichtete, dass das **Herrgottsbrünnele ohne Wasser** sei und fragte nach dem Grund. Bürgermeister Dr. Alemazung sagte eine Klärung zu.

Stadtrat Dr. Merinsky merkte außerdem an, dass das **alte Polizeigebäude** nicht mehr tragbar sei. Der Vorsitzende berichtete über Überlegungen hinsichtlich einer alternativen Unterbringung sowie Gespräche mit den Verantwortlichen.

Stadtrat Dr. Merinsky erkundigte sich außerdem danach, wann die **Straße nach Beuren** („eine Katastrophe“) endlich gerichtet würde. Bürgermeister Dr. Alemazung merkte an, dass die Haushaltssituation betrachtet werden müsse. Es werde eine gemeinsame Entscheidung entsprechend der Haushaltslage getroffen werden.